

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Gesamtpreis bei Abnahme in den Bezugsstellen der Stadt 1,50 RM., in den Bezugsstellen außerhalb der Stadt 1,60 RM., bei halbjährlicher Abnahme 7,50 RM., bei vierteljährlicher Abnahme 4,00 RM. Die Anzeigenpreise sind in der Druckerei zu erfragen. Druckerei: C. E. Rosberg, Frankenberg. Telefon: 1111. Geschäftsstelle: Frankenberg, Hauptstraße 51. Telegramm-Adresse: Tagesblatt Frankenberg.

Anzeigenpreise: Der Grundpreis für die 20 mm breite einseitige Zeile beträgt 20 Cent pro Tag, für die 14 mm breite einseitige Zeile 15 Cent pro Tag, für die 7 mm breite Zeile in Reihenfolge 10 Cent pro Tag. Kleine Anzeigen sind bei Nachfrage zu befragen. Für Nachdruck und Vervielfältigung ist die Genehmigung des Verlegers erforderlich. Bei größeren Aufträgen und im Vorauszahlung wird besonderer Preis auf Verlangen gewährt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Söbda, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa. Rotationsdruck und Verlag: C. E. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liebert, Frankenberg.

Nr. 192 Donnerstag den 19. August 1926 nachmittags 85. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hat gestern eine Rede gehalten, in der er den Standpunkt der amerikanischen Regierung zur Arbeitsfrage darlegte. Zwischen Vertretern der englischen Bergarbeiter und den Vertretern der Grubenbesitzer findet bereits im Laufe des heutigen Donnerstags eine Besprechung über die Möglichkeit der Beilegung des Kohlenkonfliktes statt. In Regierungskreisen äußert man sich optimistisch. Der französische Gesandte in Prag hat im Auftrage seiner Regierung beim Prager Kabinett in der Affäre des Generals Gajda eine Demarche unternommen. Die belgische Regierung bemerkt die Meldung, wonach Frankreich offiziell eine Rückgabe von Eupen und Malmedy an Deutschland protokolliert eingeleitet haben soll. In Paris mahnen die belgischen Industriellen die belgische Regierung, die abnehmende Haltung gegenüber dem internationalen Eisenmarkt aufzugeben und die Unterzeichnung des Abkommens zu beschleunigen. Ein französischer Minister hat sich erneut mit der Preisveränderung und der Arbeitsbeschäftigung beschäftigt. Der französische Franken ist von 179 auf 170 für das Pfund gestiegen. Der belgisch-schweizerische Kreditvertrag ist unterzeichnet worden. In England sollen alle vom Staat und von den Kommunen erhaltenen deutschen Schulen in die deutsche Kulturverwaltung übernommen werden. In Prag wurde der internationale Studentenkongress eröffnet. In der Saareisenindustrie ist wiederum eine Reihe von Betrieben eingestellt worden.

Die werdende eiserne Internationale

Von Professor Dr. Jadow (Berlin). Für die Weltversorgung mit Eisen kommen nur fünf Länder in Betracht: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland. Sie alle stehen durch Unterbreitung und Differenzierung von Inlands- und Exportpreisen in einer scharfen Konkurrenz, deren Ursache im allgemeinen das Uebermaß des Produktionsapparates ist, der auf Anreiz- und Rüstungsbedarf zugeschnitten war, und im besonderen der Exportverengung der durch den Kriegsausgang vergrößerten Eisenindustrie Frankreichs und Belgiens. Alle eisenhaltenden Länder stehen unter Ueberproduktion, obwohl die Produktionskapazitäten im Durchschnitt nur mit 50 bis 60 Prozent ausgelastet sind. Der Absatzkampf dieser Konkurrenten in den nicht eisenhaltenden Ländern hat es mit sich gebracht, daß dort das Eisen billiger verkauft wird als in den Erzeugungsländern. Die Weltproduktion an Rohisen war im Jahre 1925 mit 75 Millionen Tonnen um 8 Millionen Tonnen höher als im Jahre 1924. Die Stahlproduktion der Welt erhöhte sich um 9 1/2 Millionen Tonnen auf 87 Millionen, und zwar ist diese Zunahme vor allem auf die gewaltige Erhöhung der Produktion in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, deren Rohisenproduktion von 31,4 auf 36,4 und deren Stahlproduktion von 37,9 auf 44,3 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre sich erhöhte. Fast die Hälfte der Weltproduktion an Eisen und Stahl entfällt somit auf die Vereinigten Staaten. Aber auch in Europa hat sich die Eisen- und Stahlproduktion im Jahre 1925 erhöht. Besonders die Produktion Deutschlands hat eine erhebliche Zunahme erfahren und steht bereits wieder wie vor dem Kriege an erster Stelle in Europa, obwohl sie hinter der Vorkriegserzeugung noch beträchtlich zurückbleibt. In höherem Maße als die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ist Deutschland vom Auslandsbezug abhängig. Indessen bedeutet dies nicht zugleich die völlige Abhängigkeit vom Auslande in den Eisenrohstoffen überhaupt. Es steht bei der Rohisenherzeugung, die die Gewinnung von Rohisen um 20 Prozent übersteigt, als Rohstoffquelle der große Vorrat an Eisenerz zur Verfügung, der aus dem Vorkriegs- und dem Kriegsjahre mit diesen Mitteln vorrätig ist. Der Weltmarkt der Eisen- und Stahlindustrie kommt, so daß fast die Hälfte der deutschen Stahlwerke mit diesen Mitteln vorrätig ist. Der Weltmarkt der Eisen- und Stahlindustrie kommt, so daß fast die Hälfte der deutschen Stahlwerke mit diesen Mitteln vorrätig ist.

Der Kampf um die Völkerbundsfrage Einheitsliches Zusammenarbeiten v. Böhm und Cecils Entgegenkommen für Spanien und Polen

Berlin, 18. 8. Berliner politische Kreise, von denen es allerdings zweifelhaft ist, ob sie noch die früheren guten Beziehungen zu maßgebenden Stellen haben, wollen aus der nächsten Umgebung des Königs als besten Standpunkt erfahren haben, daß Deutschland einmal dem künftigen Ratsherrn für Spanien zustimme und darüber hinaus auch Polen ein sehr weitgehendes Entgegenkommen vom Völkerbund bewiesen werden könnte. Diese Kreise schließen aus der harten Betätigung der Reichsregierung an den Verhandlungen über die Ratsherrn vor dem Wiederzusammentritt der Studienkommission, insbesondere aus dem einseitigen Zusammenarbeiten des Herrn v. Hoersch mit Lord Robert Cecil, als dem Urheber des Planes über die Verteilung der nicht-kontingierten Ratsstühle, daß die Reichsregierung ihren bisherigen Standpunkt bereits verlassen und ihre Bereitschaft zu Kompromissen zu erkennen gegeben habe.

Der Arbeitsplan für Genf

Genf, 18. 8. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht, jedoch bemerkenswerte Abänderungen der Arbeitsordnung der Völkerbunds. Die Studienkommission wird für den 30. August abberufen werden. Die 41. Ratssitzung beginnt am 3. September, an welchem Tage auch der Finanzkongress zusammentritt, der sich mit der Finanzlage Danzigs befaßt soll. Die Völkerbundsversammlung bleibt für den 8. September einberufen. Die rumänische Regierung soll nach einer Berliner Nachricht ihre Kandidatur für einen nicht-kontingierten Ratsstuhl angemeißelt haben. Damit scheint der Sitz Danzigs gemeint zu sein. Der tschechische Vertreter hatte dem tschechischen Vertreter gemeinsam mit dem schwedischen Vertreter demüthlich, um im Sinne des von den Gegnern der tschechischen Forderung im letzten Moment geschlossenen Kompromisses für Polen Platz zu machen, wobei dem anderen Platz fallend bekommen sollte. Das Kompromißangebot ist nicht bloß wegen des dem tschechischen Ratsstuhle gegen den deutschen Ratsstuhl, sondern auch infolge der polnischen Sorge, die Bundesversammlung könne trotz der Verhandlungen in Rate Polen doch nicht wählen. Die Abstimmung in der Versammlung ist geheim.

Schwedens klarer Weg

Stockholm, 18. 8. „Svenska Morgensbladet“, das offizielle Organ der Regierung, erklärt, daß die schwedische Regierung sich nicht in einem Teil der schwedischen Presse zur Schau getragenen pessimistischen Beurteilung der Aussichten der kommenden Völkerbundsversammlung äußern werde. Schweden werde seinen im März erfolgten Votum auch auf der kommenden Tagung voll und ganz in die Richtung des Votums setzen, so ergibt sich, daß die Eisenrohstoffquellen zu fast sieben Zehntel im Inlande liegen und der Bedarf nur zu etwa drei Zehntel vom Auslande abhängig ist. In Frankreich sind in der Eisen- und Stahlproduktion im Jahre 1925 neue Rekordhöhen erreicht worden: Die Rohisenherzeugung stieg von 7,6 auf 8,4 Millionen, die Stahlproduktion von 8 auf 7,4 Millionen Tonnen. Hieron wurden 8,7 Millionen Tonnen exportiert, so daß die französische Stahlausfuhr ein Vermehrung auf mehr als das Sechsfache aufwies — in derselben Zeit, als alle anderen Produktionsländer mit den größten Schwierigkeiten kämpften und ihre Eisen- und Stahlindustrie schwere Opfer brachte, um sich wenigstens ihren bisherigen Export zu erhalten. Daß die Konkurrenz auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt angesichts der geschlossenen Sachlage außerordentlich scharf ist, versteht sich von selbst. Frankreich hat infolge seiner entwerteten Daluta zu Preisen verlaufen, die, gerechnet in Reichsmark, weit unter den Vorkriegspreisen liegen. In Deutschland hat die Eisen- und Stahlindustrie mit stark gestiegenen Preisen zu rechnen, die dieser Industrie an und

werfen und an seinem Teil dafür sorgen, daß das Recht über die Intrige siegt. Man könne allerdings feststellen, daß die Entscheidung der parlamentarischen Lage in Frankreich von Briand zu Poincaré den polnischen Anspruch auf einen künftigen Ratsstuhl wieder erheblich gestärkt habe. „Dagligt Allehanda“ warnt heute ebenfalls, alle großen Hoffnungen auf eine den Reichsstaaten günstigere Entwicklung in der Ratsherrnfrage zu setzen. Das Großmachtprinzip müsse beibehalten werden. Deutschland allein habe Anspruch auf einen künftigen Ratsstuhl und Schweden werde in diesem Punkte seinen Standpunkt handfest vertreten.

Vorbereitungen der großen Nachrichtenagenturen in Genf

Genf, 19. 8. Die Vorbereitungen der unabhängigen Nachrichtenagenturen am Mittwoch sind in voller Einnahme verlaufen und haben als Ergebnis den Beschluß gezeitigt, daß die beteiligten unabhängigen Nachrichtenagenturen in allen wesentlichen Fragen auf der vom Völkerbund einberufenen Konferenz der internationalen Nachrichtenagenturen zusammengehen werden. Für die erste Sitzung der Konferenz, die am Donnerstag vormittag vom Generalsekretär des Völkerbundes eröffnet werden wird, haben die unabhängigen Nachrichtenagenturen den Antrag eingebracht, die gesamten Verhandlungen der Konferenz öffentlich abzuhalten, da sich in der Presse überall ein lebhaftes Interesse für die in Betracht kommenden Fragen gezeigt habe. Die amtlichen Agenturen stellen am Mittwoch ebenfalls eine Vorbesprechung ab. Wie erwartet, sind die amtlichen Agenturen nur zum Teil für öffentliche Diskussion; es ist jedoch kaum mit Schwierigkeiten bei dieser Frage zu rechnen.

Die Verhandlungen um Eupen-Malmedy

Brüssel, 18. 8. In Regierungskreisen wird die Nachricht, daß Frankreich gegen eine Rückgabe Eupen-Malmedys an Deutschland bei der belgischen Regierung Protest eingelegt habe, bemerkt. Es ist jedoch als sicher anzunehmen, daß Frankreich seinen diesbezüglichen Standpunkt in Brüssel vorgetragen hat. Man versteht hier, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über Eupen-Malmedy tatsächlich geführt werden und offiziellen Charakter tragen.

Keine militärische Bewertung der Handelsflotte

Berlin, 19. 8. Wie das „N. N.“ aus Genf meldet, erfolgte in der gestrigen Ratssitzung des Unterausschusses für Wirtschaften eine grundsätzliche wichtige Abstimmung. Die militärische Bewertung der Handelsflotte für Zwecke der Befestigung der Rüstungen wurde mit 7 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten Frankreich mit seinen engeren Verbündeten.

Kontingenzierung der Produktion. Den abgeschlossenen Ländern soll eine bestimmte Quote eingeräumt werden, über die hinaus eine Produktion unzulässig ist. Diese Maßnahme soll alsbald, vom deutschen Gesichtspunkt aus, bewirken, daß ein Ende mit dem hemmungslosen Angebot auf dem Weltmarkt gemacht wird und als Folge der Produktionsbegrenzung der Weltmarktpreis ansteigt. Man rechnet mit einer ziemlich baldigen Steigerung von etwa 20 bis 30 Prozent. Man hofft, daß damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt gegenüber den unterkontingierten Ländern und der mit niedrigen Herstellungskosten arbeitenden Konkurrenz überhaupt wieder hergestellt wird. Zum anderen soll die gewinnbringende Gestaltung des Auslandsgeschäfts zugleich zur Verstärkung des Innenablaufes führen. Der Preis, der im Export daraufgeschlagen wird, soll vom Preis nach Möglichkeit abgezogen werden, um dadurch der geschwächten Kaufkraft des deutschen Verbrauchers entgegenzukommen.

Die Beilegung des somit in Kürze erscheinenden Kartells als internationales Eisenkartell bedarf einer gewissen Einschränkung. Man muß vielmehr eher unter Berücksichtigung des Verhältnisses Englands von einem kontingierten Eisenkartell sprechen. Mit den englischen Eisenherzeugern sind zwar ebenfalls Verhandlungen geführt worden; jedoch hat wohl in der Hauptsache die augenblickliche durch den Kohlenstreik in England hervorgerufene anomale Lage hinderende Maßnahmen bisher verhindert. Ein Bedenken ist dagegen nicht zu verkennen, nämlich, daß der Eisenkartell die Monopolisierung der deutschen Eisenwirtschaft geradezu latenten vollenden würde. Der Verkauf der Kontingente durch die Kohlenherzeugerschaft zu Inlandpreisen schließt jede preisbestimmende Einfuhr des Auslandes aus, ohne daß es noch auf Zoll oder auf die Abkühlung des Eisenhandels anläßt. Deshalb müssen Garantien geschaffen werden, die — abgesehen von einem Interesse an entsprechenden Abhängigkeitsfragen — einen Einfluß der Allgemeininteressen auf die Preisbildung sichern.

Das internationale Eisenkartell kommt doch zu Stande

Paris, 18. 8. In hiesigen maßgebenden Kreisen wird heute berichtet, daß die belgischen Industriellen, an deren ablehnenden Haltung der Ausschuss des internationalen Eisenkartells zwischen der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie bei den letzten Verhandlungen scheiterte, ihre Stellungnahme revidiert haben. Die belgischen Industriellen seien nunmehr bereit, das vorgesehene Abkommen ebenfalls zu unterzeichnen. Man rechnet hier damit, daß die am 17. September wieder beginnenden Verhandlungen unmittelbar zur Unterzeichnung führen werden. Es ist anzunehmen, daß die nach Schluß der letzten Verhandlungen zwischen den belgischen Eisenindustriellen geführten internen Besprechungen dazu geführt haben, daß die durchweg optimistische Auffassung über die vorhandenen Bedenken in der Eisenfrage gelegt habe.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm vor dem Wohnungsausschuß

Berlin, 18. 8. Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen führte Geheimrat Wolf vom Reichsarbeitsministerium u. a. aus: Die für erste Hypotheken erforderlichen Mittel für das vorgesehene Bauprogramm seien vorhanden. Dagegen zeige sich eine ungünstige Entwicklung auf dem Gebiete des privaten Baugeldes. Diese Schwierigkeiten hätten neben der Unsicherheit über die gesetzliche Gestaltung der Hauszinssteuer das Einlegen der Bauentwässerung im Jahre 1925 wesentlich gehindert. Das Reichsarbeitsministerium und der Plan der Reichsregierung, die Schwierigkeiten der Finanzierung durch Mittel aus den Resten der Wirtschaft zu beheben, sei von dieser auf's schärfste bedrängt worden. Das Reichsarbeitsministerium machte sich deshalb auf die Beilegung des ersten Hypothekenspekulanten beschränken. Es ergab sich die Tatsache, daß die im allgemeinen für produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stehenden Mittel für eine tatsächlich ins Gewicht fallende Ver-